

Programm der offenen Liste der PDS für die Kommunalwahlen 2002 in Augsburg

**Verabschiedet am
9. Dez. 2001**



Wir sind zu erreichen unter:

PDS Augsburg

Greiffstr. 5a, 86157 Augsburg

Tel 0821/349 17 46

Fax 0821/349 17 48

Email:

pds-augsburg@freenet.de

Homepage:

www.pds-augsburg.de

Bürozeiten:

Dienstag 10.00 – 13.00 Uhr

Donnerstag 18.30 – 21.00 Uhr

Freitag 19.00 – 21.00 Uhr

**Öffentliches Basistreffen
der PDS**

jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr
im Büro

Spenden

bitte unter Kennwort
„Kommunalwahl“ an:

PDS Augsburg

Augustabank Raiffeisen-

Volksbank Augsburg

BLZ 720 900 00

Kontonr. 2140594

Offene Liste der PDS zu den Kommunalwahlen am 3. März 2002 in Augsburg

Es kandidieren:

1. **Polat Düzgün (28, Angestellter)**
2. **Feininger Peter (52, Privatlehrer)**
3. **Yildiz Nevin (26, Fremdsprachenkorrespondentin)**
4. **Metzger Martha (50, Sozialpädagogin)**
5. **Dimopoulos Panagiotis (59, Akkustikmonteur)**
6. **Kahveci Gülcin (26, Einzelhandelskauffrau)**
7. **Clamroth Benjamin (34, Betreuer)**
8. **Güzel Türkan (30, Hausfrau)**
9. **Müller Steffen (25, Student)**
10. **Kahveci Kazim (31, Fahrer)**
11. **Jeschien Sven (20, Student)**
12. **Esentepe Seyit (40, freier Journalist)**
13. **Turhal Hidir (33, Facharbeiter)**
14. **Laumen Ralph (52, Lagerist)**
15. **Weißburger Stefan (35, Angestellter)**
16. **Slater Timothy (52, Übersetzer)**
17. **Bertram Maria (72, Lehrerin im Ruhestand)**
18. **Kerber Brigitta (38, Grafikerin)**
19. **Eichner Bernd (22, Student)**
20. **Heidbüchel Anna-Maria (41, Hausfrau)**

**Programm der offenen Liste der PDS für die Kommunalwahlen 2002 in Augsburg
beschlossen am 9. Dezember 2001**

Eine Politik für ein soziales, solidarisches Augsburg

**Lassen Sie uns zusammen in unserer
Stadt Augsburg ein demokratisches, soziales und
gerechtes Umfeld schaffen!**

Das soziale und politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland wird durch die Verwertungsinteressen des Kapitals dominiert. In der Aussenpolitik erleben wir wachsende Bereitschaft zu gewaltsamen Eingriffen und in der Innenpolitik die Unfähigkeit zu solidarischem, sozialem Umgang mit Problemen. Wir sehen die Stadt nicht als Standort für die Kapitalwirtschaft, sondern als Lebensort, an dem wir zusammen mit den sozialen und politischen Bewegungen soziale Gerechtigkeit einfordern und für konkrete, in der Kommune erreichbare Ziele kämpfen wollen.

Antifaschismus und Antirassismus

Frau Rohrhirsch-Schmid, die vor zehn Jahren auf Vorschlag der Republikaner zur Sozialreferentin gewählt wurde, will Oberbürgermeisterin werden. Sie musste sich Anfang der 90er Jahre von einem breiten Bündnis den Vorwurf ausländerfeindlicher und rassistischer Politik gefallen lassen. Sie rühmt sich einer Politik der Härte im Sozialamt und im Asylbereich und wird von Innenminister Beckstein dafür gelobt. Ein Wahlsieg der CSU mit Frau Rohrhirsch-Schmid, oder auch eine Stadtratsmehrheit von CSU und Rechtsextremisten wie Republikaner und „Augsburger Bündnis – Nationale Opposition“, wäre ein schwerer Rückschlag für alle Kräfte, die für interkulturelle Verständigung und Zusammenarbeit eintreten.

Die CSU beansprucht eine „christlich-abendländische Leitkultur“ nicht nur für

sich, sondern in Konfrontation mit anderen Kulturen, v.a. der islamischen. Kulturelle Unterwerfung anderer Traditionen bis hin zur gewaltsamen Deportation von Menschen anderer Kulturkreise in Lager und ihre Vertreibung aus Deutschland sind seit dem Nürnberger CSU-Parteitag Programm. Der CSU-Ordnungsreferent hat den Sofortvollzug der Ausweisung vor Gerichtsentcheid eines Gebietsemirs des islamischen Kalifatstaats (ICCB) angeordnet. Auch wenn wir die Ziele des Kalifatstaats nicht unterstützen, verurteilen wir eine solche Vorgehensweise als Vorboten einer Verfolgungswelle.

Wo ist der Unterschied zu faschistoiden Programmpunkten der „Nationalen Opposition“: „Die deutsche Stammbevölkerung muss ihre schleichende Verdrängung nicht länger hinnehmen! ... Parallelgesellschaften ... sind aufzulösen“? Sie hetzt gegen angeblich kriminelle MigrantInnen und gewaltbereite türkische Schüler, sie stachelt zum Rassenhass auf, insbesondere auch an den Schulen. Eigentlich müsste der CSU-Ordnungsreferent hiergegen vorgehen und Wahlveranstaltungen diesen Charakters unterbinden. Die „Nationale Opposition“ hetzt gegen den Augsburger Flüchtlingsrat und Organisationen wie das Forum Interkulturelles Leben und Lernen und fordert die Auflösung des Ausländerbeirats und Streichen der Zuschüsse für die Ausbildungsinitiative Ausländischer Unternehmer. Wir möchten daran erinnern, dass es auch in CSU-Kreisen eine Tendenz zur

Abschaffung des Ausländerbeirats gibt und dies in München z.B. offen gefordert wurde.

- Die PDS stellt sich gegen die menschenverachtende Leitkulturkampagne und rassistische „Überfremdungshetze“
- Wir unterstützen ein kommunales Wahlrecht für alle Nicht-EU-BürgerInnen. Wer an einem Ort längere Zeit lebt und arbeitet, muss auch die Möglichkeit haben, sich dort an den Entscheidungen politisch zu beteiligen
- Ein Antrags- und Vorschlagsrecht für den Ausländerbeirat reicht nicht aus
- Den Rechtsextremen dürfen keine öffentlichen Plätze für ihre Aufmärsche zur Verfügung gestellt werden

Der Umgang der BRD und seinerzeit profitierender Kapitalisten mit den ehemaligen Zwangs- und SklavenarbeiterInnen ist ein Skandal, der zum Himmel schreit: Schon (!) 56 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus werden die wenigen Überlebenden mit einer minimalen, eher symbolischen Entschädigung bedacht. Die beteiligten Kapitalisten haben, in erster Linie um den wesentlich höheren Kosten von Musterprozessen zu entgehen, anderthalb Jahre um Höhe und Modalitäten geschachert. Bei der Auszahlung werden vielerorts bürokratische Hürden errichtet.

Wir fordern:

- die Stiftung zur Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen im deutschen Faschismus muss umgehend zur Auszahlung der Gelder aufgefordert werden. Dazu ist die Aufarbeitung der damit in Zusammenhang stehenden Verbrechen in Augsburg ebenso notwendig wie die Veröffentlichung derjenigen Augsburger Betriebe, die ihren Verpflichtungen zur Zahlung nicht nachkommen.
- Die Stadt Augsburg soll freiwillig ihre ZwangsarbeiterInnen entschädigen.
- Das Stadtarchiv soll AntragstellerInnen unbürokratisch helfen – in enger Zusam-

menarbeit mit dem Archiv des IKRK (internationales Komitee vom Roten Kreuz) in Arosa.

- Das Stadtarchiv soll in Zusammenarbeit mit der Uni Augsburg, insbesondere dem Institut für Kulturgeschichte, aber auch der Geschichtswerkstatt und anderen Hochschulen, die Sozialgeschichte der Zwangsarbeiter erforschen und dokumentieren.
- ZeitzeugInnen sind in Augsburg herzlich willkommen und von der Stadt zu empfangen. Wir verurteilen das Verhalten des Gersthofer Bürgermeisters, der die Geschichtsfindungsarbeit des Gersthofer Paul-Klee-Gymnasiums zu verhindern suchte und erst per Gerichtsbeschluss gezwungen werden musste, das Stadtarchiv zu öffnen.
- Firmen, die ihrer Pflicht zur Entschädigung noch nicht genügt haben, sollen geoutet werden.
- Für die antifaschistische und antirassistische Arbeit, insbesondere für die Zeitzeugenarbeit an Schulen sind Mittel zur Verfügung zu stellen

Flüchtlinge

Was die Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen angeht, kann die Stadt einen Beitrag leisten. Stadtteilarbeit fördern, kleinere Wohnprojekte anbieten etc. Die restriktive Handhabung der Residenzpflicht und die bisherige repressive Praxis der Ausländerbehörde dient in keinster Weise dazu, multikulturelles Zusammenleben positiv zu gestalten.

Die jetzige Politik der Stadt Augsburg verfolgt im Asylbereich einen harten Kurs. Insbesondere die Erteilung der Arbeitserlaubnis für geduldete Flüchtlinge hängt von politischen Vorgaben ab, die das Sozialreferat und der OB machen.

Wir fordern eine intensive humanitäre Flüchtlingsbetreuung;

- Kommunale Integrationsprogramme mit

Wahrung der eigenen kulturellen Identität.

- Kostenlose Infoveranstaltungen und Sprachkurse für Neuankömmlinge
- Gleichbehandlung von Flüchtlingskindern bei der Vergabe von Kindergartenplätzen. Insbesondere sollen Kinder von geduldeten Flüchtlingen, die nicht mehr in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen, ebenfalls Anspruch auf einen bezahlten Kindergartenplatz haben. Mit dem Kindergartenbesuch steigen die späteren Chancen in der Schule und wichtige Sozialkontakte entstehen.
- Geduldete Flüchtlinge sollen eine Arbeitserlaubnis erhalten.
- Sie sollen nicht mehr in Obdachlosenunterkünften bzw. -wohnungen untergebracht werden. Das Sozialamt soll die Miete für Wohnungen von Geduldeten mit Identität zahlen, wenn diese nicht arbeiten dürfen, also nicht in der Lage sind diese selbst zu finanzieren.
- Seminare für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung über Fluchtursachen, -folgen und Lebensbedingungen.
- Ausweitung von Behandlungs- und Wohnmöglichkeiten von seelisch kranken Flüchtlingen.
- Abschaffung der restriktiven und repressiven Praxis der Ausländerbehörde.

Frauen, die aus anderen Ländern zu uns kommen

Flüchtlinge sind keine Gefahr, sie sind gefährdet und fliehende Frauen sind doppelt gefährdet.

Für Flüchtlingsfrauen fordern wir deshalb frauengerechte Wohnmöglichkeiten, angemessene Beratung, Sprachkurse und auf Wunsch Betreuung durch Dolmetscherinnen. Frauen und Mädchen haben aufgrund der Sprach- und Kulturbarrieren besondere Probleme und bedürfen daher besonderer Unterstützung. Wir wollen eine Ausländerinnenbeauftragte auf kommunaler Ebene,

die sich für die Belange von ausländischen Frauen und Mädchen intensiv einsetzt.

Außerdem fordern wir eine paritätische Besetzung des AusländerInnenbeirats.

Frieden

Seit den letzten Kommunalwahlen im Jahr 1996 hat sich in unserem Land Entscheidendes verändert: Krieg ist wieder Mittel deutscher Außenpolitik. Deutschland hat sich unter Bruch des Grundgesetzes und mehrerer internationaler Verträge an drei Kriegseinsätzen militärisch beteiligt: 1999 im Kosovo, 2001 in Mazedonien und Afghanistan. Viele ältere AugsburgerInnen haben den schrecklichen Zweiten Weltkrieg noch selbst miterlebt. Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit lautete: Nie wieder Krieg!

Das Thema Frieden ist nicht nur Bundespolitik. Ein/e Bürgermeister/in hat die Pflicht, die Bürger seiner/ihrer Stadt vor Kriegsgefahren zu schützen. Deshalb kann es nicht angehen, dass er/sie die derzeitige „Kriegspolitik“ von Bundesregierung und NATO unterstützt.

Schweigekreise am Königsplatz reichen nicht aus.

Der Augsburger SPD-Vorsitzende hat sich für den Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan ausgesprochen. Als Sprecher des „Bündnisses für Menschenwürde“ hat er für uns jede Glaubwürdigkeit verloren. Man kann nicht die Jugend zu Lichterketten und Händchenhalten ermutigen und sie anschließend in den Krieg jagen.

Augsburg ist immer noch ein Ort der Rüstungsproduktion. Wir sollten auch dazu beitragen, dass es ein Ort der Rüstungskonversion wird. Maßnahmen in Richtung zivile Produktion sind durch Initiativen der Stadt zu fördern. Die – gelinde gesagt – halbherzige Position der IG Metall zur Rüstungsproduktion bei EADS, MAN-Renk, Kuka etc. sollte korrigiert werden. Auf Dauer haben Rüstung und Krieg auch den Rüstungszentren und ihrer Arbeiter-

schaft nie einen Gewinn gebracht. Im 2. Weltkrieg haben sogenannte „kriegswichtige Betriebe“ zu massiven Bombardierungen der Stadt geführt. Die Waffen, die heute in Augsburg produziert werden – darunter Getriebe für Kriegsschiffe und Panzer, Motoren für U-Boote, Lafetten für den Leopard, der Flügelkasten für den Tornado, Teile des Airbus-Großraumtransporters u.s.w. – lassen sich die Rüstungskonzerne teuer bezahlen.

Die Stadt und ihre Bevölkerung bekommen die Folgen der Rüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung über das kommunale Finanzdesaster massiv zu spüren. Dieses Desaster kann nicht allein auf die Konjunkturentwicklung geschoben werden, denn die Steuereinbrüche beim Bund und dem Land Bayern sind gering im Vergleich zu denen der Kommunen. Also ist das Gesamtsteuersystem so konstruiert, dass auf der zentralen Ebene – dort wo der Krieg geführt wird – das große Geld hängen bleibt. Eine Änderung des Steuersystems und des Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen blockierten diverse Bundesregierungen hartnäckig. Eine faire Gemeindefinanzreform würde die zentrale Kriegskasse schmälern.

Es muss auch nicht sein, dass die Stadt mit einem Kriegsschiff „Fregatte Augsburg“ eine Patenschaft betreibt und die Offiziere dieser Fregatte regelmäßig in Augsburger Sozial-einrichtungen und Kindergärten die netten Onkels spielen.

Diesen Schulterchluss mit militärischen Einheiten lehnen wir ab, ebenso öffentliche Gelöbnisse. Stattdessen sollte die Stadt Organisationen und Initiativen unterstützen, die sich für Frieden und Völkerverständigung einsetzen.

Unbedingte Voraussetzung für Frieden ist die Gleichberechtigung aller Religionen und Weltanschauungen. Dazu braucht es die klare Trennung von Staat und Kirche und die weltanschauliche Neutralität des Staates. Die VertreterInnen und Organe der Stadt

haben jede religiöse Parteinahme zu unterlassen, z.B. die Einladung zu Gottesdiensten, das Tragen der OB-Amtskette bei Fronleichnamprozessionen und die Finanzierung des evangelischen Friedenspreises. Bei einem Friedenspreis der Stadt müssen neben den christlichen Kirchen auch VertreterInnen von Muslimen, Juden und Freidenkern Mitspracherecht haben.

Soweit eine Städtepartnerschaft mit Gemeinden in ehemaligen „ostdeutschen“ Gebieten vereinbart wird (Augsburg – Liberec – ehemals „Reichenberg“), sollte diese eher vorsichtig „beleuchtet“ werden, inwieweit nicht doch auch revanchistische Beweggründe dahinter stehen.

Das Augsburger Friedensfest, das immer noch in jedem Jahr gefeiert wird, sollte nicht nur an den historischen Religionsfrieden erinnern, sondern auch die gegenwärtigen Fragen zu Krieg und Frieden zum Thema haben. Es ist beschämend, dass die Trägerin des Augsburger Friedenspreises, die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser, wegen des Besuchs von US-Ex-Präsident Clinton eingeladen wurde. Dies ist ein Signal in die falsche Richtung, denn immerhin ist auch Clinton für die brutale Kriegspolitik Israels gegen die Palästinenser mitverantwortlich.

Wir wollen:

- konkrete Schritte zur Rüstungskonversion müssen eingeleitet werden. Hier sind die Stadt, die Betriebe und die Gewerkschaften gefordert
- Die Stadt soll keine Neuansiedlung von Rüstungsbetrieben unterstützen
- Die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich ziviler Friedensdienste
- Finanzielle Förderung der Friedensforschung
- Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen und auf öffentlichen Plätzen

Finanzen

Auf kommunaler Ebene stößt privater

Reichtum mit öffentlicher Armut besonders krass zusammen. Die Rücknahme staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft hat dazu geführt, dass deren Gewinne privatisiert, die Kosten und Verluste aber der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Der Rückzug des Bundes aus sozialstaatlicher Verantwortung zugunsten verstärkter „Individualbeteiligung“ zieht die Erhöhung der sozialen Folgekosten für die Kommunen nach sich. Statt jedoch die Mittel für Städte und Gemeinden anzuheben, verschließt die Bundesregierung die Einnahmequellen der Kommunen noch mehr.

So ist die Haushaltspolitik der Stadt geprägt von einem rasanten Verfall des größten Einnahmeblocks, der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer wird durch „Investitionen“ umgangen und die Gewerbesteuermillionäre reduzieren ihre Abgaben um ein Viertel. Den Forderungen des Deutschen Städtetages nach Rücknahme der Belastung der Kommunen durch die Steuerreform, v.a. auch der Entlastung der Konzerne im Bereich der Kommunalsteuern, sowie nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform ist zuzustimmen. Die PDS hat hier im Bundestag wichtige Forderungen und Vorschläge für Gesetzesänderungen vorgelegt. Auch den amtierenden OB Augsburgs findet man im Klagechor des Städtetags-Präsidiums, von konkreten Schritten seinerseits haben wir nichts gehört.

Den amtierenden Stadtrat können wir nicht aus der Haftung entlassen. Eine völlig einseitige Strukturpolitik zugunsten des großen Industrie- und Handelskapitals hat die Augsburger Kommunal Finanzen schon vorher ruiniert.

Investitionsobjekte wie dringende Schulsanierungen und der Neubau oder die Erweiterung der Stadtbücherei etc. sind nicht erst jetzt gescheitert, sondern werden durch die CSU schon seit Jahren vertagt. Stattdessen hat die CSU uns mit Straßen, halbfertigen Straßen und anderen Bauruinen (man

denke an fast alle wichtigen Brücken) gesegnet und den Kommunalhaushalt heruntergewirtschaftet.

Im Etatentwurf 2002 will die CSU erneut starke Einschnitte beim Gebäudeunterhalt und beim Tiefbauunterhalt in Millionenhöhe vornehmen. D.h. neben den Renommierobjekten Vierte Lechbrücke und Schleifenstraße wird es zunehmend heruntergekommene Straßen und städtische Gebäude geben.

Auch in der Frage des öffentlichen Verkehrs hat die örtliche CSU als reiner Befehlsempfänger der Parteizentrale in München Augsburger Interessen blockiert. Man denke an ein regionales S-Bahnssystem für Augsburg, das ohne Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums nicht in Gang kommen kann, oder die Entscheidung für die ICE-Trassenführung nach Norden über Ingolstadt, die Augsburg vom Nord-Süd-Fernverkehr abkoppelt und das Zug-Angebot von Augsburg nach München von 3,5 auf 2 Züge pro Stunde reduziert. Diese Verkehrspolitik wurde von Stoiber, aber auch von führenden schwäbischen Regionalpolitikern der CSU massiv betrieben!

Wir haben auch nicht vergessen, dass die SPD – sei es die Augsburger oder die bayerische – diese Investitionspolitik in der Regel gestützt hat. Die Augsburger SPD sagt in Ihrem Wahlprogramm zur Wirtschaftspolitik, sie sei „Chefsache“, d.h. alles was die Unternehmer fordern – v.a. die großen – will die SPD schnell und bedingungslos bereitstellen. Für die PDS ist Wirtschaftspolitik gerade nicht Chefsache, sondern ein Prozess, in dem auch die Demokratie und die Mitwirkung aller Beteiligten, auch der Beschäftigten und der Abnehmer, gefragt sein sollte.

Eine Lösung wirtschaftlicher Probleme in Augsburg und Schwaben auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen, wie es die IHK mit Deregulierung, Lohnsenkung und Unternehmenssteuersenkung verlangt, lehnen wir

ab. Eine Lösung, die auf Vernichtung und Vertreibung ausländischer Firmen und Existenzen zielt, wie es die „Nationale Opposition“ propagiert, lehnen wir radikal ab. Ohne die zahlreichen ausländischen ArbeitnehmerInnen hätte Schwaben die Prosperität der letzten Jahrzehnte nie erlebt. Die Politik der Gebührenerhöhung ist ausgereizt, so dass über das Zuschusswesen eine verschärfte Abhängigkeit v.a. von der bayerischen Staatsregierung entsteht.

In dem Verkauf oder der privatwirtschaftlichen Auslagerung von eigenen Betrieben sehen daher viele Kommunen eine Möglichkeit, die bestehenden Haushaltsdefizite zu mildern. Wir lehnen diesen Weg ab. Das Eigentum der Städte ist Eigentum der BürgerInnen und Bürger und darf daher nicht verscherbelt werden. Die neoliberale Privatisierungsstrategie verschafft den mächtigen Konzernen zusätzliche Profite. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Beschäftigten und die Umwelt bleiben dabei auf der Strecke. In der Regel steigen schon wenige Jahre nach der Privatisierung die Gebühren, sogenannte „unrentable“ Leistungen werden eingestellt, die Löhne der Beschäftigten sinken und dem städtischen Haushalt gehen wichtige Einnahmequellen verloren.

Aber genau die Erschließung neuer Einnahmequellen der Kommune durch die Möglichkeit, selbst Gewinne zu erwirtschaften und Abgaben von den ansässigen Unternehmen einzufordern, sowie eine andere Umverteilung der zur Verfügung stehenden Gelder des Bundes ist dringend erforderlich.

Arbeitslosigkeit und öffentliche Beschäftigungspolitik

Aufträge der Kommune sollten, wo es geht, an regionale Betriebe vergeben werden. Nicht nur der Preis zählt. Auch die Struktur des beauftragten Unternehmens (gemessen an der Entlohnung, umweltverträglicher Produktion und sozialen Gesichtspunkten

z.B. auch einer funktionierenden Arbeitnehmervertretung und Anzahl der Ausbildungsplätze) sollte bei der Entscheidung ein Kriterium sein. Zur Sicherung der Beschäftigung fordern wir die Umsetzung der Richtlinie der Industriegewerkschaft BAU insbesondere zur Tarifreue der Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen. Diese muss vom öffentlichen Auftraggeber streng kontrolliert und der Verstoß dagegen mit hohen Konventionalstrafen belegt werden. Also keine Auftragsvergabe an Leihfirmen mit Dumpinglöhnen!

- Mehr Arbeit durch die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors
- Selbsthilfeinitiativen und selbstorganisierte Formen des Wirtschaftens wie z.B. Genossenschaften zur Schaffung billigen Wohnraums sind zu unterstützen
- Unterstützung von regionalem Wirtschaften
- Transportwege verkürzen

Wir unterstützen die Forderungen der Arbeitsloseninitiative Augsburg e.V.:

In Zeiten eines nur geringen Wirtschaftswachstums oder eines Wirtschaftsabschwungs wirken die von den bürgerlichen Regierungen beschlossenen Maßnahmen, die auch von der jetzigen grün/sozialdemokratischen Regierung fortgeführt und weiterentwickelt wurden, der Arbeitslosigkeit wenig entgegen oder sind sogar wirkungslos.

Nach privatwirtschaftlichen Zielsystemen ausgerichtete Unternehmer versuchen bei Produktionseinschränkungen vornehmlich Personalkosten zu sparen.

Wir sehen eine dringende Aufgabe der Kommunalpolitik darin, dem entgegenzuwirken, um Entlassungen zu vermeiden. Betriebsräte und Gewerkschaften fordern einen stärkeren Abbau von Überstunden. Dem schließen wir uns vorbehaltlos an.

Es darf in der heutigen Situation (mit einer Vielzahl von LeiharbeiterInnen und befristeten Arbeitsverträgen) jedoch nicht über-

sehen werden, dass diese ArbeitnehmerInnen in Krisen die schlechtesten Karten haben.

Keinesfalls sollten die Kommunen tatenlos zusehen, wenn die Absichten des Arbeitsministers, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen, verwirklicht werden. Das Argument, die Sozialhilfebehörde sei näher am Arbeitsmarkt und die Zuständigkeit von zwei Ämtern sei weniger effizient und daher den BürgerInnen nicht vermittelbar, ist irreführend.

1. Arbeitslosenhilfe ist eine Leistung des Bundes für Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt weiter zur Verfügung stehen, aber keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben – was bei den kurzen Laufzeiten für Arbeitslosengeld nicht verwundert.

2. Eine vollständige Streichung der Arbeitslosenhilfe würde also insbesondere Kommunen dann stark finanziell belasten, wenn es viele Arbeitslose gibt. So dass gerade diejenigen Kommunen, die aufgrund ihrer hohen Arbeitslosenzahl gefordert sind, zur Schaffung von Arbeitsplätzen aktiv beizutragen, damit die größten Schwierigkeiten haben werden.

Also: Dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Arbeitslose sollten weiterhin vom Arbeitsamt Arbeitslosenhilfe erhalten.

Was kann eine Kommune überhaupt tun? Aufgrund der kommunalen Zurückhaltung bei Wirtschaftsbetrieben haben leider die meisten Gemeinden ihre Möglichkeiten zur Stellenschaffung selbst beschränkt. Dennoch sollten kommunale Betriebe verpflichtet werden, Ausbildungskapazitäten für arbeitslos gewordene Menschen bereitzustellen, die bereit und in der Lage sind, eine Umschulung oder Ausbildung für einen Beruf bei der Kommune mit Übernahmeperspektive auf sich zu nehmen.

Laut Arbeitsmarktstatistik im Arbeitsamtbereich Augsburg gab es im Oktober 2001 20.225 Arbeitssuchende. Unsere Forderung lautet: Mindestens 1 % davon – also ca. 200

Arbeitslose – sind in städtischen Betrieben mit Ausbildungs- und Arbeitsverträgen unterzubringen.

Für die längere Zeit arbeitslos gebliebenen Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen im Bereich des städtischen Nahverkehrs fordern wir wöchentlich eine Tagesfreikarte. Wir fordern eine Verlosung der nichtbesetzten Zuschauerplätze bei den städtischen Bühnen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen können ihren Wunsch nach einer kostenlosen Karte bei den Bühnen anmelden und werden dann bei der Verlosung berücksichtigt.

Bei Antragstellung auf Sozialhilfe ist die derzeit gängige Praxis des Sozialamts die Prüfung der „Arbeitswilligkeit“. AntragstellerInnen werden so teilweise zum Stundenlohn von 2,- DM zur Arbeit bei städtischen Betrieben verpflichtet. Bei „notorischer“ Weigerung folgen Erschwernisse bei der Bewilligung der Sozialhilfe. Gegen diese gesetzlich nicht vorgesehene „Abschreckungsmethode“ des Sozialamts Augsburg protestieren wir und fordern tarifgerechte Entlohnung, die nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen ist die Möglichkeit zu geben, bei der Stadtparkasse Augsburg ein gebührenfreies Konto auf Guthabenbasis zu führen.

Öffentliche Räume

Die bestehende Citymanagement AG „CIA“ hat die eigentlichen Zielsetzungen eines Citymanagements offensichtlich falsch verstanden. Statt die Wohnkultur in der Stadt wieder attraktiv zu machen und sich u.a. auch für Kinder- und Jugendspielplätze und öffentlich begehbbare, für jeden zugängliche Aufenthaltsmöglichkeiten einzusetzen und die Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung zu fördern, verkommt dieses Instrument zum Sprachrohr des Handels. Hier allerdings auch nur der großen Bekleidungshäuser und Gastronomiebetriebe.

Kleinere Einzelhandelsunternehmen wurden inzwischen weitgehend platt gemacht. Die ausschließlichen Ziele sind: „Sicherheit, Sauberkeit, Spaß, Konsum“. Gäbe es die CIA nicht, würde die Stadt angeblich in Dreck, Drogen und Alkoholleichen versinken.

Die Umwandlung von öffentlichen Räumen in private Flächen, die nur einem exklusiven Kreis zustehen, lehnen wir ab.

Wir wollen eine Stadt, in der sich jede und jeder sicher fühlen kann. D.h. auch sicher vor rassistischen Übergriffen, sexuellen Belästigungen, Gewalt in den Familien, Ausgrenzung am Arbeitsplatz, usw. ... Augsburg braucht ein Konzept für mehr Toleranz, Zivilcourage, sozialpädagogische und antirassistische Fortbildung aller städtischen Beschäftigten.

Auch die Stadtplanung muss in ein solches Konzept eingebunden werden. Wieso wird die Fahrbahn durch die Straßenbeleuchtung erhellt, aber die Fußwege bleiben meist dunkel? Die Stadt muss lebendiger werden und die Mobilität und das Leben muss auf der Straße stattfinden. Dies bedeutet Reduzierung des Individualverkehrs und Ausbau verkehrsberuhigter Zonen.

Öffentliche Räume müssen mit Leben gefüllt werden, anstatt sie zu reinen Konsumzonen zu entwickeln. Unter dem Vorwand der Lärmbelästigung wird zunehmend die freie Entwicklung von Kindern behindert. Spielplätze, Parks, Sportanlagen werden als Lärmquellen empfunden. Hingegen wird aber die größte Lärmbelastungsquelle, der motorisierte Individualverkehr, meistens ausgeblendet.

Wir wollen keine Schwarzen Sheriffs und keine Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen.

Alle Menschen haben ein Recht, sich ohne Überwachung durch die Städte und Bahnhöfe zu bewegen, zumal noch ungeklärt ist, was mit den gespeicherten Daten der Aufzeichnungen passieren wird.

Soziale Grundsicherung

Auch ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen können mit ihrem Einkommen unter das Existenzminimum fallen.

Für die Menschen, die nicht oder nicht viel arbeiten können oder schlecht bezahlt sind, wird es schwierig, einen selbstbestimmten Lebensalltag zu bestreiten. Teilhabe am öffentlichen Leben, der Kultur und dem Wissenserwerb oder einfach nur auf der Ebene der Erfüllung elementarer Bedürfnisse ist mittlerweile an ein so hohes Grundeinkommen gebunden, dass sie für Menschen mit niedrigem und zunehmend auch mittlerem Einkommen zum Risikofaktor wird. Wir kämpfen um eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Menschen aller Altersgruppen, die sich am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientiert.

Armut schließt den Betroffenen vom normalen Kulturleben aus. SozialhilfeempfängerInnen haben kein Geld für Schwimmbad, Theater, Kino. Kinder von SozialhilfeempfängerInnen und aus sozial schwachen Familien (darunter fällt der Großteil der Alleinerziehenden) sind durch die Armut auch gesundheitlich bedroht. Sportmöglichkeiten in der Schule werden vom Kultusministerium gekürzt. Wer nicht das notwendige Kleingeld hat, kann sich zusätzliche Sportvereine etc. nicht leisten. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, diese Kinder auch am normalen Leben teilhaben zu lassen.

Wir sind für die Einführung eines Sozial- oder Familienpasses, mit dem die kostenlose oder ermäßigte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Kulturveranstaltungen und Sportstätten möglich ist.

Das Sozialamt ist eine Beratungs- und Hilfsanlaufstelle für sozial Schwache. Dass es inzwischen zu einer abgeschotteten Burg geworden ist, in die man nur als unterwürfige BittstellerIn auf Antrag eingelassen wird, widerspricht dem Zweck dieser

Einrichtung. Die Stadt muss von ihrer Politik der Ausgrenzung und Vertreibung von Obdachlosen abkommen.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft muss wieder verpflichtet werden, mit einkommensschwachen Menschen Mietverträge abzuschließen.

Die Möglichkeit der Entschuldung durch ein privates Insolvenzverfahren darf nicht dadurch versperrt werden, dass die notwendigen Schuldnerberatungsstellen kein ausreichendes Personal haben. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die notwendigen Stellen hierfür geschaffen werden. Mit dem 80.000 DM Zuschuss an die CIA wäre zumindest eine Stelle gesichert. Durch entsprechende Zuschüsse muss auch die öffentliche Schuldenberatung ehemaliger kleinerer Selbständiger gesichert werden.

BürgerInnenbeteiligung

Die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Aktiven in Agenda 21, Ausländerbeirat, Flüchtlingsrat und Initiativen wie z.B. pro bahn lässt sehr zu wünschen übrig. Wir wollen eine direkte Mitwirkungsmöglichkeit an Stadtratsentscheidungen. Wir sind für die Einführung eines kommunalen Jugendwahlrechts ab 16 Jahren. Alle Jugendforen der Welt reichen nicht aus, um eine direkte Mitwirkung durch aktives und passives Wahlrecht zu ersetzen.

Verkehr und Umwelt

Kommunale Umweltpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Jedes kommunalpolitische Handeln sollte auf Umwelterhaltung und Umweltverbesserung beruhen: Dies betrifft die Verkehrspolitik, Industrie- und Gewerbeansiedlung, Flächen- und Landschaftsverbrauch, Wohnungsbau, Energieversorgung, kommunales Beschaffungswesen, städtische Bauwerke, Abfallpolitik, Kostenvergleiche usw.

Um die Etatlücke 2002 auszugleichen, wollte die CSU den Zuschuss der Stadt an den

Augsburger Verkehrsverbund (AVV) um 1,3 Mio. Euro kürzen. Der Zuschuss an den Marketingfond der Flughafengesellschaft in Höhe von einer halben Million Mark wollte der Wirtschaftsreferent der CSU natürlich nicht streichen, sondern über Kredit finanzieren. Die FDP regte eine „Fremdbeteiligung“ an den Stadtwerken an. Die SPD will den Zuschuss an den AVV auf dem Stand vom Vorjahr einfrieren, das bedeutet unter Berücksichtigung der Inflation ebenfalls eine Senkung des Zuschusses. Die Folgen wären z.B. Einstellung von Fahrten beim Schülerverkehr, was auf keinen Fall zugelassen werden darf.

Wir fürchten, dass viele der angekündigten neuen Straßenbahnlinien nur Lippenbekenntnisse sind und der städtischen Sparpolitik zum Opfer fallen. Man sieht das z.B. daran, dass die Linie 3 nach Pfersee/Stadtbergen jetzt eingestellt wurde, weil die Gleise verrottet sind und nicht etwa, weil ein Neubau der Luitpoldbrücke ansteht!

Die Finanznot der Stadt macht sie nicht handlungsunfähig. Nur, wo die Stadt handelt, und wo nicht, ist eine Frage der Politik. Der CSU-Stadtbaurat hat seine Prioritäten genannt: „zuerst für alle Umgehungsstraßen“ (Augsburger Allgemeine, 15.11.2001). Wir wiederholen „alle“! Mit dieser Politik kann man den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vergessen. Was sagt die SPD: sie will die Osttangente „ganz vorne sehen“.

Der Dilettantismus der CSU in Sachen öffentlicher Nahverkehr ist so groß, wie er von Fahrern dicker Privatschlitten erwartet werden kann. Nachdem sich herumgesprochen hat, dass ein regionales S-Bahn-System auf bestehenden Gleisen nötig, machbar und äußerst vorteilhaft wäre zur Entlastung vom Mief (MIV Motorisierter Individualverkehr), aber aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium blockiert wird, kommt die geniale Alternative aus der Augsburger CSU: Anbindung Augsburgs ans Münchner

S-Bahn-Netz mit Fahrzeiten von weit über einer Stunde für PendlerInnen.

Auch die Umstellung aller städtischen Busse auf Erdgasbetrieb scheint der regierenden CSU nicht besonders wichtig zu sein. Immerhin gibt es die Zielvorgabe, sämtliche Busse umzurüsten, dafür wurden auch Zuschüsse genommen und ließ man sich vom Bundesverkehrsminister auf die Schulter klopfen. Nur lächerliche 15% der Busflotte hat die Stadt bisher umgerüstet. So ist es, wenn die Daimler-Benz-Niederlassung und andere Autohäuser mehr Einfluss auf die Stadtpolitik haben als zehntausende von Menschen.

- die PDS lehnt einen Verkauf von Teilen der Stadtwerke zur Etatdeckung rigoros ab
- Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen vom Preis erschwinglich sein und zeitaktmäßig so verkehren, dass sie eine echte Alternative zum Auto sind
- der städtische Zuschuss an den AVV darf auf keinen Fall gesenkt werden, sondern muss erhöht werden
- die Stadt Augsburg muss sich mit aller Kraft für die Realisierung eines regionalen S-Bahnsystems einsetzen
- ein Schwerpunkt der Investitionen der städtischen Verkehrsbetriebe muss der Ausbau des Straßenbahnnetzes sein
- durch zügige und vollständige Umrüstung aller städtischen Busse auf Erdgas kann die Stadt einen eigenen Beitrag leisten zur Verbesserung der Luft
- ein Schwerpunkt der städtischen Investitionspolitik muss der ÖPNV sein und nicht das Tangentennetz
- die Subventionierung des Flughafens durch den städtischen Haushalt muss aufhören. Sollen die Kapitalisten doch selber zusammenlegen, wenn sie eine Direktlinie nach Frankfurt oder in die Wüste wünschen

Den Anteil des Radverkehrs wollen wir weiter steigern. Durch ein Netz von stadt-

teilübergreifenden Hauptfahrradrouten, durch Verbesserung der Sichtverhältnisse an Kreuzungsbereichen, durch Abstellanlagen an den Haltestellen können für dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel auf einfache Art und Weise Verbesserungen erzielt werden. Ergänzend dazu fordert die PDS die Schaffung eines sicheren, engmaschigen Radwegenetzes. Ein kostenloser Fahrradverleih am Hauptbahnhof würde eher dazu beitragen, die Innenstadt zu entlasten. Ebenso Park & Ride Möglichkeiten, 5-7 Minuten Takt auch am Wochenende etc.

Dem Lärmterror durch Straßenverkehr muss Einhalt geboten werden. Es kann nicht sein, dass Lärmschutzmaßnahmen von teuren Straßenbauprojekten (Umbau der Gabelsberger und Leitershofer Kreuzung an der B 17) abhängig gemacht werden. Wir sind für einen Lärmschutz sofort.

Wo es erforderlich ist, muss ein Flüsterasphalt her.

Der Ausbau des Flughafens dient nur kommerziellen Interessen der Betreiber. Eine Verlegung des Flughafens, v.a. aus Lärmschutzgründen, (z.B. nach Lagerlechfeld) muss geprüft werden.

AnwohnerInnen müssen besser bei der Planung und der Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen einbezogen werden.

Kultur

Bildung, Wissenschaft, Alltagskultur und Künste bestimmen die gesellschaftliche Entwicklung sehr stark. Daher ist es weiterhin unser Ziel, für alle Menschen soziale Chancengleichheit zu schaffen beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft.

Einrichtungen wie das Stadtkino und die „Tage des unabhängigen Films“, die sich bemühen, auch in einer anderen Form dem Filmeschaffen ein Podium zu bieten, sind zu unterstützen und am Leben zu erhalten. Sie

tragen dazu bei, Eindrücke vom Leben aus anderen Kulturkreisen zu vermitteln und sind dadurch zu einem wichtigen Multiplikator geworden, wenn es darum geht, den Antirassismus zu stärken.

Die Arbeit als ein Hauptbereich des menschlichen Lebens sollte auch im Mittelpunkt von Kunst und bildender Kunst sein. Das Theater ist nicht nur dazu da, bürgerliche Themen und alle zwei Jahre einmal Brecht zu bringen. Es kann auch Aufgabe des Theaters sein, Kunst durch eine andere Form zu übermitteln, z.B. indem Spielstätten in Betriebe wechseln oder Diskussionen mit SchauspielerInnen ermöglicht werden – neben dem „Event“ Matinee, das auch wieder Eintritt kostet.

Kultur darf nicht ausschließlich in Männerhänden verbleiben. Kulturschaffende Frauen müssen dargestellt und gefördert werden. Ausländische Kulturvereine müssen verstärkt finanziell gefördert sowie öffentliche Räume zur Verfügung gestellt werden. Ein Textilmuseum sollte nicht nur Stoffmuster ausstellen, sondern auch die Lebensweise und Kultur der ArbeiterInnen in der Stadt näher bringen. Ein Museum darf auch ruhig zum Mitmachen animieren und nicht nur „betrachten“ zulassen.

Das Sponsorentum der Wirtschaft darf nicht die Kulturhoheit der Stadt behindern.

Frauen

Neuansiedlungen und die Förderung bereits bestehender Betriebe durch die Stadt Augsburg dürfen die Belange besonders der Frauen nicht außer Acht lassen. Die Bereitstellung einer frauen- und familienfreundlichen Infrastruktur muss Kinderkrippen und Kindergärten beinhalten. Weiterhin wäre die Einrichtung von Betriebskindergärten für Mütter, die ihre Kleinkinder ohne Zeitverlust vor Ort zurücklassen und abholen wollen, sehr vorteilhaft.

Flexible Arbeitszeiten, ein an die Bedürfnisse der außer Haus beschäftigten Frauen

angepasstes Radwegenetz, Parkplätze und besondere Anlaufstellen in Behörden für Frauen mit Kindern sind ebenso wichtige Bestandteile einer gezielten Frauenförderung wie ein familienfreundlicher und kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr.

Wir wollen die finanzielle Absicherung und Unterstützung für von Vereinen getragene autonome Frauenprojekte wie z.B. Frauennotruf, Wildwasser, Frauenzentrum, Frauenprojektehaus, Frauenbibliothek. Auch sollten Frauenhäuser räumlich großzügiger ausgestattet sein.

Die kostenlose Bereitstellung von in städtischem Eigentum befindlichen Räumlichkeiten für Beratung, Information und Veranstaltungen und die Finanzierung von sinnvollen Gewaltpräventionsprojekten in Kindergärten, Horten, Schulen und Jugendzentren sind dringende Aufgaben der Stadt.

Die Trennung des öffentlichen und privaten Raumes einer Stadt ist frauenfeindlich. Deshalb gilt es, den öffentlichen Raum als Lebensplatz zu gestalten. Dieser muss von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden z.B. in Form von Ruhebänken, öffentlichen Toiletten, Spielmöglichkeiten für Jung und Alt. Es muss die Möglichkeit bestehen, dass öffentliche Plätze gemeinschaftlich bepflanzt werden und die Früchte auch geerntet werden können.

Dies sind einige Ansätze, um das Miteinander und die Verantwortlichkeit von allen Menschen, die in der Stadt bzw. in den Stadtteilen leben, zu fördern. Eine Dezentralisierung der städtischen Behörden ist erforderlich. Dringend erforderlich sind bezahlbare Wohnungen und Wohnprojekte, in denen sich jede Generation und alle Nationalitäten wiederfinden können.

Wir brauchen dringend eine Entghettoisierung von Einkaufen, Wohnen, Altenzentren, Kinderzentren, Jugendzentren, Arbeitsplätzen. Um dies zu bewerkstelligen,

werden Koordinierungsstellen notwendig sein.

Jugend

Die Jugend sollte mehr Möglichkeit erhalten, sich eine eigene Kultur zu schaffen. Wir sind für die Einrichtung eines selbstverwalteten Zentrums neben den bereits bestehenden „pädagogisch betreuten“ Jugendhäusern. Jugend muss auch ohne Reglements die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln. Die städtische Politik muss gerade unkommerzielle, alternative Kultur fördern, die rein marktwirtschaftlich gedacht nicht überlebensfähig wäre. Statt jährlich Tausende von Mark für ebenso unnütze wie menschenverachtende Projekte wie die City Initiative Augsburg auszugeben, sollten besser soziale und kulturelle Einrichtungen gefördert werden.

Ein selbstverwaltetes Zentrum soll ein Forum sein für Menschen aller Altersgruppen aus Augsburg und Umgebung, um sich dort politisch, sozial und interkulturell auszutauschen und zu vernetzen. Es soll weiter ein Ort sein, an dem ein Miteinander ohne hierarchische, sexistische und rassistische Verhaltensweisen entwickelt wird.

Zur Verwirklichung dieses Konzeptes fehlt es nur noch an Räumlichkeiten. Die bisherigen Aktionen und Veranstaltungen sind auf reges Interesse und Zuspruch gestoßen.

Gerade für junge Menschen, die nicht gewillt sind, Unmengen von Geld in Kneipen oder Discotheken auszugeben, gibt es in Augsburg keine Alternativen. Spätestens für 16jährige sind die städtischen Jugendzentren auf Grund ihres an Kindern orientierten Programms und ihrer Öffnungszeiten nicht mehr attraktiv.

Es passt nicht zusammen, wenn stets von mündigen BürgerInnen geredet wird und gleichzeitig Menschen, die einen selbstverwalteten Treffpunkt aufbauen wollen, keinerlei Unterstützung von Seiten der Stadt erfahren.

Der Brandanschlag auf das AsylbewerberInnenheim in Aystetten in der Nacht zum 21. November 2001 macht deutlich, dass Jugendliche dazu neigen, sich rechtsextremen Vorstellungen anzuschließen und sich sogar rassistisch organisieren um Anschläge auf unschuldige Menschen auszuüben.

Von zwei der drei jugendlichen Verdächtigen wurde der Anschlag im Wesentlichen gestanden. Der 15-Jährige und der 17 Jahre alte Verdächtige werden von der Polizei als Sympathisanten der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD, eingestuft. Sowohl am 1. Mai 2001 bei der NPD-Demonstration in Augsburg als auch am 03. Oktober 2001 bei einer Aktion der rechtsextremen Partei in Berlin waren beide als Teilnehmer von der Polizei registriert worden. An diesem Beispiel ist zu ersehen, wie notwendig es ist, in kulturelle und soziale Einrichtungen für Jugendliche zu investieren.

Die Wichtigkeit der schulischen Qualifikation für spätere Berufschancen und Informationen über Zukunftsberufe sollte in Jugendzentren zum unabdingbaren Thema werden.

Drogenpolitik

Der gegenwärtig herrschenden Stadtratsmehrheit fällt gegenüber der Drogenszene rund um den Bahnhof und am Königsplatz nur Vertreibung ein. Dabei gäbe es einen guten Vorschlag von Leuten, die sich auskennen und die es gut meinen: Es gibt ein Konzept für einen Streetworkladen, dem wir uns auf jeden Fall anschließen. Der Streetworkladen soll eine szenenahe Anlaufstelle für Drogenabhängige sein: Kaffee, Aussprache, Vermittlung, aber auch anspruchsvolle Projektarbeit wie Rockband und Kunstausstellungen sowie ein vielseitiges Angebot an Freizeitaktionen (Volleyball, Bergwandern, Museumsbesuche...) Da alle drei zuständigen Ebenen: der Bezirk in erster Linie, aber auch die Stadt und das Ministerium für

Gesundheit und Verbraucherschutz CSU beherrscht sind, herrschen Einfallslosigkeit und Blockade. Dem Bezirk sind 200.000 bis 300.000 DM zuviel und die Verantwortlichen der Stadt Augsburg finden keinen Standort! Das muss sich unserer Meinung nach schnell ändern.

Neben der harten Drogenszene gibt es subkulturelle Jugendcliquen, die Drogen verschiedenster Art nehmen. Um hier Kontakte aufzubauen und ein Absinken in die harte Drogenszene und in die Kriminalität zu verhindern, wäre mobile Jugendarbeit gefordert, dafür bräuchte es eine eigene stadtnahe Anlaufstelle für StreetworkerInnen. In diesem Bereich gibt es bis jetzt gar nichts!

Drogenkonsum von Jugendlichen ist inzwischen der Normalfall der Jugendkultur. Es müssen wirklich ernsthafte Überlegungen stattfinden, um Alternativen zu finden, die Selbstorganisation der Jugendlichen, ihre Eigeninitiative und Kreativität zu fördern bzw. zu unterstützen – und das nicht nur wegen der Drogengefahr, sondern um der Jugend selbst willen. Die Stadt sollte froh sein, wenn die Jugend selbstverwaltete Zentren fordert. Mit der gewohnten selbstgerechten Mentalität des Bürgertums, bei der die Gewinnsucht so hart wie der Polizeiknüppel ist, lassen sich die Probleme nicht lösen.

Gleiche Rechte für alle, die hier leben!

Die internationale Arbeitsstellung vernetzt und verbindet die Volkswirtschaften der Welt tiefgreifend und unumkehrbar miteinander. Freihandel und Investitionsfreiheit werden von der Politik der großen Mächte weltweit zu Gunsten der Industriestaaten, ohne Rücksicht auf die Entwicklungsbedürfnisse anderer Länder, durchgesetzt. Wenn Profite, die in einem Land erwirtschaftet werden, ohne jede Bedingung in die Metropolen verschoben werden, dann

suchen die Betroffenen dieser Politik ihre Überlebenschancen in den Ländern, die die Nutznießer dieser Verhältnisse sind. Da das Kapital weltweit uneingeschränkt wirkt, haben auch die Menschen das Recht, entsprechend zu reagieren:

Sie fliehen vor Not und Elend oder folgen – ökonomisch folgerichtig – den Arbeitsplätzen.

Die Politik der Metropolen zielt darauf ab, die bestehenden internationalen Ausbeutungsverhältnisse zu stabilisieren und zu schützen. Mögen die Verhältnisse in den abhängigen Staaten auch noch so grauenhafte Folgen für die Menschen haben, solange die Freiheit des Kapitals gewahrt bleibt, wird kein Handlungsbedarf gesehen. Die Menschen, die sich diesen Zuständen entziehen und es schaffen, zu uns zu kommen, bringen ihre Verzweiflung mit. Oft versuchen sie, sich von hier aus für verbesserte Lebensbedingungen in ihren Herkunftsstaaten einzusetzen. Doch damit werden sie zu einem Störfaktor für die ungehemmte Verfolgung außenpolitischer Interessen durch die Regierung. Aus diesem Grund schränken eine ganze Reihe von Gesetzen die politische Betätigung von hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass ein. Die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit gelten unter anderem für sie nur eingeschränkt.

Die Einbürgerung in die deutsche StaatsbürgerInnenschaft von politisch aktiven Menschen wurde mehrmals von der Ausländerbehörde erschwert und sogar durch die Regierung von Schwaben abgelehnt.

Während des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien und auch danach wurden jugoslawische Staatsbürger polizeilich unter Druck gesetzt. Die Ausschaltung der direkt Betroffenen von der öffentlichen Debatte erfordert die Solidarität aller Menschen, die sich für ein solidarisches Zusammenleben einsetzen.

Die PDS tritt für folgendes ein:

470

Unterstützungsunterschriften braucht die offene Liste der PDS zur Kandidatur in Augsburg

Eintragungsstellen

vom 5. Dez. 2001 – 21. Jan. 2002

Einwohner- und Ordnungsamt Augsburg

Hermanstr. 15

Zimmer 4 Erdgeschoß (Tiefparterre)

MO - MI 7.30 – 16.00 Uhr

DO 7.30 – 17.30 Uhr

FR 7.30 – 12.00 Uhr

DO 17.1.2002 7.30 – 20.00 Uhr

SA 19.1.2002 10.00 – 13.00 Uhr

MO 21.1.2002 10.00 – 12.00 Uhr

Bürgerbüro Haunstetten, Tattenbachstr. 15

MO 7.00 – 16.00 Uhr

DI, FR 8.30 – 16.00 Uhr

MI 8.30 – 12.00 Uhr

DO 8.30 – 18.00 Uhr

MO 21.1.2002 10.00 – 12.00 Uhr

Zur Eintragung bitte den Ausweis oder Reisepass mitnehmen!

- Alle hier lebenden Menschen sollen die gleichen Rechte erhalten
- Eine Gesellschaft, die einen Teil ihrer Mitglieder zu Menschen zweiter (oder dritter) Klasse macht, indem sie ihnen elementare Rechte vorenthält, produziert damit tagtäglich Diskriminierung und Unterdrückung und macht diese Menschen zum Freiwild für reaktionäre Ideologien.
- Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt ohne besondere Voraussetzungen
- Recht auf Einbürgerung und die grundsätzliche Hinnahme mehrfacher Staatsbürgerschaften
- BürgerInnenrechte für alle, unabhängig von der Staatsangehörigkeit: Wahlrecht, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit und Berufsfreiheit, gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt.

Bis diese grundsätzlichen Verbesserungen erreicht sind, sollte die Rechtsstellung von EU-StaatsbürgerInnen auf Angehörige von Drittstaaten ausgedehnt werden. Dies würde z.B. bedeuten, dass sich alle AugsburgerInnen an der Kommunalwahl beteiligen könnten. Zusätzlich treten wir ein für die Abschaffung aller Sonderregelungen für Nicht-Deutsche, z.B. das Ausländergesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz, ...

Die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Dieser Anspruch gilt jedoch nicht für alle, Angehörige von Nicht-EU-Staaten werden massiv benachteiligt.

Um diesen gravierenden Eingriff in die Lebensplanung der Menschen zu beenden, fordern wir:

- Aufhebung der Visumpflicht für Kinder

und Jugendliche

- Familiennachzug auch für Kinder getrennt lebender oder gleichgeschlechtlicher Eltern
- Anhebung des Nachzugsalters auf 18 Jahre
- Familiennachzug und Verlängerung des Aufenthalts unabhängig von Sozialhilfebezug oder Wohnraumgröße

Das kann nicht auf kommunaler Ebene beschlossen werden, aber Stadtrat und Bürgermeister können und sollen sich für entsprechende Reformen stark machen. ■